

Redebeitrag

Plenum, 15.12.2015

Dok. 87 – Übertragungsdekret Beschäftigung

-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident,

Mitglieder in Regierung und Parlament,

Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Die Möglichkeit zur Übertragung der durch dieses Dekret betroffenen Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft ist erst durch die 6. Staatsreform möglich geworden.

Wie Sie wissen, haben wir uns immer gegen diese 6. Staatsreform ausgesprochen. Wir werden uns dementsprechend bei der Abstimmung zu diesem Übertragungsdekret enthalten. Denn natürlich macht es keinen Sinn die Zuständigkeit auf 3 Körperschaften zu verteilen.

Aus grundsätzlichen Bedenken können wir aber auch nicht zustimmen. Dies möchte ich im folgenden darlegen.

Die Vivant-Fraktion ist nicht prinzipiell gegen eine Staatsreform. Wer uns aufmerksam zugehört hat, der weiß, dass wir immer wieder auf weitreichende Reformen drängen. Dazu gehört auch eine Staatsreform, wenn man sie so nennen möchte. Aber natürlich eine ganz andere, als die Staatsreformen, die innerbelgisch von Parteichefs geplant und beschlossen werden.

Denn diese Reformen tragen die Unterschrift von Parteiinteressen und werden leider nicht in erster Linie zum Wohle des Volkes geplant.

Dies ist auch unser erster Kritikpunkt an der klassischen Politik und der von ihr beschlossenen Staatsreformen. Die klassische Politik dient eben nicht den Interessen der Bürger. Doch dazu wurden Politiker vom Bürger gewählt und dazu werden sie vom Steuerzahler bezahlt! So sehen wir das zumindest!

Im folgendem möchte ich darlegen, wie wir uns eine Staatsreform vorstellen können.

Fraktion im PDG V.o.G.

Die Vivant-Fraktion würde eine Reform im Sinne einer „wahren Subsidiarität“ unterstützen. Was verstehen wir unter einer wahren Subsidiarität?

Nun, ganz einfach: Alle Zuständigkeiten werden zuerst einmal der untersten gliedstaatlichen Ebene, für Belgien also den Gemeinden, zugeordnet. Dies ist die Ebene, die den Bürgern am nächsten steht. Erst wenn die Gemeindevertreter entscheiden, dass sie eine Zuständigkeit lieber an die nächste höhere gliedstaatliche Ebene, für Belgien also die Gemeinschaft, abtreten wollen, geschieht dies. Das gleiche gilt dann für die Gemeinschaft zur Region und der Region zum Föderalstaat. Die Provinzen lasse ich hier absichtlich außen vor, da sie in unseren Augen längst abgeschafft gehören. Übrigens könnte dieses Prinzip auch zwischen Nationalstaat und beispielsweise EU gelten. Wobei es hier aber auch andere Formen der Zusammenarbeit der Nationalstaaten geben könnte, auf die ich hier heute nicht näher eingehen möchte.

Damit dieses Prinzip der Subsidiarität funktionieren kann, müssen mindestens folgende Voraussetzungen gegeben sein:

1. Die Verantwortlichen Volksvertreter müssen aus einer Haltung des Dienens und nicht des Herrschens handeln.
2. Der Volksentscheid muss als Mitspracherecht der Bürger auf jeder gliedstaatlichen Ebene ohne Tabu fest integriert und einfach anwendbar sein. Ähnlich wie es in der Schweiz zumindest teilweise heute schon praktiziert wird.
3. Die aufgeblähte Bürokratie muss um ein Vielfaches auf das Notwendige reduziert sein.

Den letzten Punkt möchte ich etwas weiter ausführen, denn er dient dem Verständnis dessen, was ich an späterer Stelle darlegen werde.

Dazu zitiere ich aus einem Aufsatz des Philosophen und Unternehmensberaters Eugen Maria Schulak mit dem Titel: „Wie viele Gesetze braucht der Mensch.“

„...Unabhängig von der Form der Verfassung gibt es zwei Arten von Herrschaft, die man traditionsgemäß als Nomokratie und Teleokratie bezeichnet.

In einer Nomokratie, von gr. nomos (Gesetz) und kratein (herrschen), wird Herrschaft in Form von abstrakten Gesetzen und generellen Normen ausgeübt, welche die Herrschenden selbst nicht verändern können. Den Regierten bleibt demnach Raum für die Entwicklung einer spontanen Ordnung sowie für jede Form von Selbstorganisation, was zu eigenständigem und selbstverantwortlichem Handeln stimuliert. Es ist eine Herrschaft unter dem Gesetz.

Eine Teleokratie hingegen, von griechisch telos (Ziel, Endzweck), will Planziele erreichen. Gesetze bezwecken konkrete Lösungen und streben eine bestimmte Ordnung oder Organisation an. Konkurrierende Sub-Systeme werden tendenziell als Subversion oder gar illegaler Widerstand

Fraktion im PDG V.o.G.

betrachtet, was weitere, noch detailliertere Regelungen nach zieht. Es ist eine Herrschaft mittels Gesetzgebung.

Dass kommunistische Staaten mit Teleokratien identifiziert werden können, liegt auf der Hand. Aber auch Demokratien, insbesondere jene mit einer wohlfahrtstaatlichen Doktrin, haben ganz offensichtlich teleokratische Tendenzen. So öffnet der Wettbewerb um Stimmen nicht nur jeder anlassbezogenen Gesetzgebung Tür und Tor, sondern schafft auch eine korrumpierende Dynamik, im Zuge derer immer weitere Bevölkerungskreise in die Verteilung von echten oder vermeintlichen Wohltaten mit eingebunden werden müssen.

Erschreckender noch ist der Umstand, dass solche Teleokratien den einzelnen Staatsbürger gnadenlos domestizieren und seine Entfaltungsräume bis zur dauerhaften Hospitalisierung einengen. An die Stelle der Selbstverantwortung tritt schleichend eine Kultur der Entmutigung, die sich langfristig verheerend auf die Autonomie aller im System Verfangenen auswirken wird.“ Zitat Ende.

Zugegeben, etwas kompliziert ausgedrückt, aber dennoch wahr.

Wenn also mindestens all dies erfüllt wäre, ich wiederhole:

1. Dienende, anstatt herrschende Politiker
2. Volksentscheid
3. Konsequenter Bürokratieabbau
4. Eine Staatsform nach dem Vorbild der Nomokratie,

dann würde wohl auch nichts gegen die Abschaffung der Gemeinschaften und ein Belgien zu 4 sprechen. Ich betone und wiederhole aber ausdrücklich nur dann!!! Bei der jetzigen Konstellation macht diese Forderung der anderen 5 Parteien dieses Hauses keinen Sinn. Im Gegenteil.

Warum?

Weil genau das geschieht, was Eugen Maria Schulak beschreibt. Und hier schlage ich wieder die Brücke zu diesem uns hier vorliegendem Übertragungsdekret.

Wir befinden uns nämlich in einem teleokratischen System. Einem System, welches versucht mit immer neuen Gesetzen und Maßnahmen alle Probleme in den Griff zu kriegen. Und das schon seit etlichen Jahrzehnten. Dabei steigt die Menge an Gesetzestexten rasant an.

Die Regierung der DG wird, wie die Beschäftigungsministerin es ja auch schon angedeutet hat, ihrerseits versuchen, den bekannten Problemen mit auf die DG angepassten Maßnahmen zu begegnen. Probleme wie die zunehmende Arbeitslosigkeit von älteren Arbeitnehmern, wir haben es eben gehört, eben die über 50-Jährigen, oder das so genannte Drehtürenproblem bei schwer

Fraktion im PDG V.o.G.

vermittelbaren Jugendlichen. Dabei „wandern“ diese Personen vom Arbeitsamt zum ÖSHZ, von dort zu Sozialwerkstätten und dann wieder zurück zum Arbeitsamt.

Was angesichts der zu uns kommenden Flüchtlinge in diesem Bereich noch auf uns zukommt, möchte ich mir erst gar nicht ausmalen. Teilweise nicht qualifiziert und weder der Deutschen noch der Französischen Sprache mächtig, wird sich die Situation auf den Arbeitsämtern nicht vereinfachen. Schon jetzt machen diese Menschen einen Großteil der „Kunden“ des ADG aus.

Tatsache ist, dass die klassische Politik schon seit ich mich erinnern kann davon redet, Arbeitsplätze zu schaffen, und dies oder jenes verbessern zu wollen. Jedoch ohne maßgeblichen Erfolg. Die Probleme sind die gleichen wie damals. Grundlegend hat sich nichts verbessert.

Dies hat Herr Wets von der Königlichen Universität Leuven bei der Vorstellung der HIVA-Studie zur Sozialökonomie in einer gemeinsamen Ausschusssitzung von Ausschuss 2 und 4 am 30. September hier in diesem Hause bestätigt.

Eigentlich passiert genau das Gegenteil. Wir stehen vor immer größeren Problemen.

Deswegen wird die Übertragung dieser Zuständigkeiten im Bereich Beschäftigung für die Bürger der DG nichts Wesentliches bringen.

Einige möchten jetzt womöglich entgegen halten, doch, die DG wird das besser machen. Sicher? Denn auch die DG wird, wie allen anderen Gliedstaaten, bei denen dies schon viel sichtbarer ist, auf das gleiche Problem stoßen.

Das alles wird unbezahlbar. Es werden auch hierzulande neue Maßnahmen, wie beispielsweise die Einführung von Jobcoaches für schwer vermittelbare Jugendliche, noch mehr Sozialwerkstätten, und und und beschlossen. Dass alles muss zusätzlich durch neue Beamte verwaltet werden. Doch die Gelder werden immer knapper. Dies fährt sich zwangsläufig fest. Vielleicht nicht kurzfristig aber sicher langfristig.

Und deswegen können und werden wir diesem Dekret auch nicht zustimmen.

Anstatt Zeit, Energie und Geld in ein zum Scheitern verurteiltes System zu stecken, sollten wir uns, werte Kolleginnen und Kollegen, für das Neue öffnen. Wir werden nicht daran vorbei kommen, das Alte über Bord zu werfen.

Was kann diese Neue sein?

Einiges habe ich in meinem Redebeitrag schon erwähnt. Die 4 Punkte beispielsweise. Gerne wiederhole ich sie noch ein drittes Mal:

1. Dienende, anstatt herrschende Politiker
2. Volksentscheid
3. Konsequenter Bürokratieabbau
4. Eine Staatsform nach dem Vorbild der Nomokratie,

Ein Thema, welches bei der Reduzierung der Bürokratie enorme Möglichkeiten bereithält, ist das Grundeinkommen. Es würde eine ganze Reihe von Behörden, Gesetzen und Maßnahmen unnötig machen.

Die DG kann natürlich kein Grundeinkommen einführen, aber wir können uns damit auseinandersetzen und uns dafür einsetzen. Andere Punkte können wir sehr wohl auch direkt umsetzen und verändern.

Wie sagte es so treffend der österreichische Psychologe Gerald Dunkel: „Realisten gehen an der Realität vorbei, wenn sie nicht erkennen, daß Veränderungen real möglich sind.“

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Alain Mertes, Vivant-Fraktion